

## Faktencheck zum Faktencheck

Der Faktenchecker des Senders CNN, Daniel Dale sagte im Anschluss an die erste Debatte zwischen dem Amtsinhaber Donald Trump und dem Herausforderer Joe Biden „Wir hatten eine Lawine an Lügen von Präsident Trump, Biden dagegen habe zwar auch einige falsche und irreführende Aussagen getätigt, sei aber größtenteils richtig gelegen.“

Diese Behauptung soll im Folgenden anhand eines Faktenchecks der „Fakten“ des Faktencheckers überprüft werden. (Der Übersichtlichkeit halber ist der Text von CNN blau markiert und mein Text rot).

**Trumps Behauptung: "Er (Biden) will unser Land schließen."**

**Bewertung:** Das ist irreführend.

**Fakten:** Biden verspricht, die Corona-Pandemie mithilfe einer nationalen Strategie einzudämmen. So sagte er etwa, dass er dabei dem Rat von Wissenschaftlern und Gesundheitsexperten folgen würde. Falls diese zur Eindämmung der Pandemie neue Ausgangsbeschränkungen empfehlen sollten, würde er dem Folge leisten, sagte Biden.

"Ich wäre bereit, alles Nötige zu tun, um Leben zu retten", sagte er im Gespräch mit dem Fernsehsender ABC. In den USA gibt es fast 7,2 Millionen bestätigte Corona-Infektionen und mehr als 205.000 Todesfälle - so viele wie in keinem anderen Land der Welt.

**Bewertung:** Das stimmt

**Fakten:** Biden wendete sich klar gegen eine Lockerung zum jetzigen Zeitpunkt.

Die Aussage dass es in den USA so viele Todesfälle wie in keinem anderen Land gibt, ist irreführend, da bei einer vernünftigen Bewertung die Anzahl der Todesfälle zur Bevölkerungsgröße ins Verhältnis gesetzt werden muss und da liegen die USA nicht so schlecht.

**Schlussfolgerung:** CNN relativiert die Aussagen Bidens zum shut down und versucht mit der Aussage bezüglich der Anzahl der Toten Stimmung gegen Trump zu machen und entlarvt seine Parteinahme für Biden damit selbst.

**Trumps Behauptung: Man wisse nicht, wie viele Corona-Tote es in China, Russland und Indien gebe.**

**Bewertung:** In der absoluten Formulierung stimmt das nicht.

**Fakten:** Es gibt weltweite Vergleichszahlen, etwa von der amerikanischen Johns-Hopkins-Universität. Diese nutzt für ihre Angaben zum Beispiel nationale Gesundheitsbehörden oder die Weltgesundheitsorganisation WHO als Quellen sowie lokale Medienberichte.

Demnach sind etwa in Indien bislang mehr als 96.000 Menschen im Zusammenhang mit COVID-19 gestorben. Die USA mit mehr als 205.000 Toten

stehen in relativen Zahlen weltweit an der Spitze. Experten gehen allerdings von hohen Dunkelziffern aus.

**Bewertung:** Das stimmt

**Fakten:** Die eigene Aussage dass Experten von hohen Dunkelziffern ausgehen bestätigt die Aussage Trumps.

**Schlussfolgerung:** CNN widerspricht sich bei der Bewertung selbst.

**Bidens Behauptung: Einer von tausend Afroamerikanern ist im Zusammenhang mit COVID-19 gestorben.**

**Bewertung:** Richtig.

**Fakten:** Die unabhängige Forschergruppe APM Research Lab hat Daten aus fast allen US-Bundesstaaten ausgewertet. Sie zeigen, dass einer von 1.020 schwarzen Amerikanern nach einer Infektion mit dem Coronavirus gestorben ist.

Das entspricht rund 98 Todesfällen auf 100.000 Menschen. Einen so großen Anteil gibt es bei keiner anderen ethnischen Gruppe in den USA. Bei Indigenen sind es rund 82 Todesfälle auf 100.000 Menschen, bei Weißen nur rund 47.

**Bewertung:** Das ist irreführend

**Fakten:** Welche Schlussfolgerung soll aus dieser Aussage gewonnen werden? Dass Afroamerikaner schlechter geschützt wurden? Richtig ist wohl, Afroamerikaner leben tendenziell häufiger in gefährdeteren Städten und in besengteren Verhältnissen und nicht am Land wo COVID zu weniger Opfern führte. Die Aussage unterstellt dem Präsidenten zumindest indirekt Rassismus bei der Gesundheitsversorgung und ist daher als irreführend zu werten.

**Schlussfolgerung:** CNN wertet parteiisch, wenn es den versteckten falschen Vorwurf des Rassismus nicht erkennen will.

**Trumps Behauptung: Der Immunologe und Präsidentenberater Anthony Fauci sagte, "Masken sind nicht gut". Dann änderte er seine Meinung.**

**Bewertung:** Das ist eine vereinfachte Darstellung.

**Fakten:** Fauci hat in einem Interview mit dem Sender CBS News Anfang März - also zu einem frühen Zeitpunkt der Pandemie in den USA - gesagt: "Derzeit sollten Leute in den Vereinigten Staaten nicht mit Masken herumlaufen."

Fauci begründete dies mit dem Mangel an Schutzmasken für Kranke und medizinisches Personal. Zudem sagte er, dass Masken nicht den "perfekten Schutz" böten, den Menschen annähmen.

Die Gesundheitsbehörde CDC empfiehlt seit Anfang April, dass im Kampf gegen das Coronavirus auch gesunde Menschen ohne Symptome Stoffmasken in der Öffentlichkeit tragen sollten. Fauci weist immer wieder darauf hin, dass sich der

Kenntnisstand über das Virus und die Verbreitung über die Monate verändert habe und sich Empfehlungen dadurch auch ändern können.

**Bewertung:** Das stimmt

**Fakten:** Selbst die WHO gab Empfehlungen gegen Masken aus. Die Meinung der Experten zum Thema Masken ist eindeutig nicht einheitlich. Mehr hat Trump auch nicht gesagt. Er hat sich nicht gegen das Maskentragen ausgesprochen und hat sogar gesagt, dass er selbst auch eine Maske trägt.

**Schlussfolgerung:** Das CNN das als vereinfachte Darstellung wertet und damit die Richtigkeit der Aussage relativiert zeigt von Parteinahme. Richtigerweise müsste man die Aussage als richtig werten.

**Bidens Behauptung: Die Regierung hat in der Coronakrise "nichts getan, um kleinen Unternehmen zu helfen".**

**Bewertung:** Das stimmt nicht.

**Fakten:** Konjunkturpakete, auf die sich Republikaner und Demokraten geeinigt hatten, beinhalteten auch Kreditprogramme für kleine und mittlere Unternehmen. Es wurde aber Kritik laut, dass die Hilfen die am stärksten betroffenen Unternehmen nicht erreichen würden. Zudem ist es nicht das alleinige Verdienst der Regierung, dass die Hilfen durchkamen.

**Bewertung:** Das stimmt nicht

**Fakten:** Es war die Regierung Trump die auf Wirtschaftshilfen drängte. Das von den Demokraten dominierte Repräsentantenhaus verzögerte diese Hilfen indem sie diese mit zahlreichen anderen Forderungen junktinierten. Es ist klar, dass die Regierung Trump bei der Gesetzgebung auf die Hilfe der Demokraten im Repräsentantenhaus angewiesen war. Es bleibt dennoch ein Erfolg der Regierung diese Hilfen durch den Gesetzgebungsprozess durchgebracht zu haben.

**Schlussfolgerung:** CNN versucht in parteiischer Weise die Anstrengungen der Regierung Trump den Unternehmen Hilfen zukommen zu lassen zu relativieren.

**Trumps Behauptung: Bidens Sohn Hunter hat 3,5 Millionen Dollar von der Witwe des früheren Bürgermeisters von Moskau, der Unternehmerin Elena Baturina, bekommen.**

**Bewertung:** Dafür liegen keine Beweise vor.

**Fakten:** Die Republikaner im US-Senat haben die Geschäfte von Hunter Biden unter die Lupe genommen und in der vergangenen Woche einen Bericht dazu veröffentlicht. Darin schreiben sie, dass Baturina im Februar 2014 ein Beraterhonorar in Höhe von 3,5 Millionen US-Dollar auf das Bankkonto der Firma Rosemont Seneca Thornton überwiesen haben soll.

In dem Bericht heißt es zudem, dass Hunter Biden 2013 die Investmentgesellschaft mitbegründet habe. Dass Hunter Biden das Geld direkt bekommen hat - wie Trump sagt - geht nicht daraus hervor.

Hunter Bidens Anwalt, George Mesires, sagte nach der Veröffentlichung des Berichts US-Medien wie der "Washington Post", dass sein Mandant weder Anteile an der Firma gehalten habe noch ein Mitbegründer von ihr gewesen sei. Der Vorwurf, Hunter Biden habe 3,5 Millionen US-Dollar von Baturina erhalten, sei demnach falsch.

**Bewertung:** Es ist richtig, dass hierfür keine Beweise vorliegen. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, dass der Verdacht stimmt.

**Fakten:** 2009 gründete Hunter Biden mit Devon Archer und Christopher Heinz die Investmentfirma Rosemont Seneca Partners. Dort sitzt Biden nach wie vor in den Aufsichtsräten mehrerer von dieser Gesellschaft verwalteten Organisationen. Die Aussage, dass Hunter Biden lediglich die Firma Rosemont Seneca Thornton mitgegründet hat ist insofern irreführend, da diese nur eine Tochtergesellschaft des Rosemont Seneca Partners Netzwerk ist, in dem er noch immer führend tätig ist.

Im Mai 2014 gab der größte private Gasproduzent in der Ukraine, Burisma Holdings, in einer Pressemitteilung bekannt, den Verwaltungsrat mit Biden zu erweitern. Diese Ernennung wurde im Rahmen der gleichzeitig grassierenden Krise in der Ukraine kritisiert, in der die russische Staatsführung der US-Regierung und damit auch Bidens Vater vorwarf, Drahtzieher der politischen Verwerfungen in der Ukraine zu sein. Dass in dieser Konstellation der Verdacht aufkommt, dass, die ukrainische Firma mit der Berufung von Hunter Biden versuchte, sich eine bevorzugte Behandlung durch die US-Regierung zu verschaffen, ist naheliegend

**Schlussfolgerung:** Die Beziehungen Hunter Bidens zur Ukraine lassen sich nur mit der politischen Funktion seines Vaters erklären. Auch wenn der Vater Joe Biden auf die Geschäfte seines Sohnes keinen Einfluss hatte, sollte er diese verurteilen und nicht verteidigen.

**Trumps Behauptung: Biden hat Schwarze in der Vergangenheit als "Raubtiere" ("super predators") bezeichnet.**

**Bewertung:** Das stimmt nicht.

**Fakten:** Die Behauptung geht zurück auf Aussagen von Hillary Clinton aus dem Jahr 1996. Die damalige First Lady sprach im Zusammenhang mit Gang-Kriminalität von "**super predators**".

Biden nutzte im Zusammenhang mit Kriminalität in den 90er-Jahren als Senator ebenfalls den Begriff "predators" und ging auch auf den Zusammenhang von Kriminalität und ethnischer Zugehörigkeit ein. Er nannte Schwarze aber nicht pauschal "Raubtiere".

**Bewertung:** Das stimmt

**Fakten:** Der Umstand, dass Biden nur von „predators“ sprach und dass es Hillary Clinton gewesen sein soll die von „super predators“ sprach kann den Vorwurf nicht relativieren.

**Schlussfolgerung:** CNN versucht in haarspalterischer Weise den Vorwurf zu relativieren. Im Gehalt seiner Aussage stimmt diese aber.

**Bidens Behauptung: "Wir haben jetzt ein höheres Defizit mit China, als wir es vorher hatten."**

**Bewertung:** Das stimmt nicht.

**Fakten:** Das Handelsdefizit ist 2019 gegenüber dem Vorjahr geschrumpft. Das dürfte eine unmittelbare Folge des "Handelskriegs" mit China mit Maßnahmen wie höheren Zöllen sein. 2018 betrug das Defizit aus US-Sicht rund 419 Milliarden Dollar, 2019 nur noch rund 345 Milliarden, wie aus Zahlen des U.S. Census Bureau hervorgeht.

Als Handelsdefizit wird ein Überschuss der Einfuhren über die Ausfuhren bezeichnet. Es gibt damit an, dass ein Land mehr konsumiert, als es selbst herstellt - die Differenz wird importiert. Trump hatte den "Handelskrieg" angezettelt, weil er das Handelsdefizit mit China senken wollte.

**Bewertung:** Das stimmt nicht

**Fakten:** Dazu ist nicht mehr zu sagen

**Schlussfolgerung:** CNN wertet diese Aussage richtiger weise als falsch.

**Trumps Behauptung: Biden sagt, es handele sich um friedlichen Protest, wenn Demonstranten durch den Ort liefen, Geschäfte niederbrannten und Menschen töteten.**

**Bewertung:** Das ist übertrieben und stimmt nicht.

**Fakten:** Biden hat Ausschreitungen, Plünderungen und Brandstiftungen bei Protesten gegen Rassismus als "Gesetzlosigkeit" verurteilt. Während des TV-Duells am Dienstag sagte er: "Gewalt ist als Reaktion niemals angemessen, niemals angemessen. Friedlicher Protest ist es, Gewalt ist niemals angemessen."

**Bewertung:** Das ist eine Übertreibung die aber als solche klar erkennbar und daher nicht irreführend ist.

**Fakten:** Biden unterstützte die Bürgermeister, die einen Einsatz der Nationalgarde zur Niederschlagung der außer Kontrolle geratenen gewalttätigen Proteste, ablehnten, mit dem Hinweis auf friedliche Proteste. Insofern ignorierte er die Gewalt und leistete den gewalttätigen Protesten Vorschub indem er sich gegen deren Niederschlagung aussprach. Auch wenn er sich verbal gegen Gewalt aussprach, ist der Vorwurf, dass er die gewalttätigen Proteste insgeheim unterstützte nicht von der Hand zu weisen.

**Schlussfolgerung:** Auch wenn es eine Übertreibung ist stimmt die Aussage im Kern.

**Trumps Behauptung: Die Wahl "wird nicht gut enden".**

**Bewertung:** Das ist rein hypothetisch.

**Fakten:** Trump traf seine Aussage mit Blick auf die Briefwahl. Wegen der Corona-Pandemie wird damit gerechnet, dass viel mehr Wähler als in der Vergangenheit ihre Stimme per Post abgeben. Trump warnt immer wieder vor massivem Wahlbetrug bei einer großflächigen Briefwahl, hat dafür allerdings keine stichhaltigen Beweise angeführt.

FBI-Chef Christopher Wray sagte kürzlich im Senat, in den USA habe es bislang keinen Wahlbetrug im großen Stil gegeben, sondern von Zeit zu Zeit Fälle auf lokaler Ebene.

**Bewertung:** Das stimmt

**Fakten:** Das Wahlrecht ist in den einzelnen Bundesstaaten unterschiedlich geregelt. Einige Staaten verschicken an alle Haushalte Wahlkarten unabhängig davon ob die Personen als Wähler registriert sind und überhaupt wahlberechtigt sind. Es gibt keine Kontrollen, dass die Wahlkarten von den Wahlberechtigten auch persönlich ausgefüllt wurden. Es gab bereits Fälle in denen demokratische Wahlhelfer, Wahlkarten gegen Entgelt eingesammelt haben und an die Wahlbehörden geschickt haben. Diese Vorgehensweise ist illegal. Die Wahlbehörden haben aber keine Möglichkeiten diese Praktiken aufzudecken oder zu unterbinden.

Es gab aber auch Fälle in denen richtig ausgefüllte Wahlkarten am Postweg verloren gegangen sind.

Darüber hinaus ist die Gefahr, dass eine Stimme nicht gezählt werden kann z.B., weil eine Wahlkarte nicht richtig ausgefüllt wurde wesentlich größer als bei einer Wahl im Wahllokal.

Schlussendlich besteht die Gefahr, insbesondere weil in 8 Bundesstaaten die Wahlkarten erst a Wahltag gezählt werden dürfen, dass sich, durch die große Anzahl der erwarteten Wahlkarten, die Stimmauszählung erheblich verzögert.

Trump spricht sich nicht generell gegen die Briefwahl aus obwohl er aus den vorgenannten Gründen verständlicher Weise eine Präsenzwahl bevorzugt, möchte diese aber so geregelt wissen, dass Wahlkarten nur auf Aufforderung des Wahlberechtigten an diesen geschickt werden, um Missbräuche zu verhindern.

Es ist unverständlich warum sich die demokratische Partei gegen Wahlreformen, die die Wahl sicherer machen sollen sträubt, wenn man nicht unterstellt, dass sie sich aus der derzeitigen Gesetzeslage Vorteile erhofft.

Dem Präsidenten zum jetzigen Zeitpunkt bereits eine Zusage abzunötigen, dass er das Wahlergebnis ohne Überprüfung allfälliger Wahlanfechtungen jedenfalls akzeptiert ist vor diesem Hintergrund zumindest unredlich.

**Schlussfolgerung:** Die Aussage, dass das rein hypothetisch ist relativiert in unsachlicher Weise die zahlreichen Missstände die bei der bereits Laufenden Wahl schon aufgetaucht sind. Die Aussage, dass die Art der Durchführung der Wahl für das Land eine Schande ist, ist durchaus richtig.

### Ergebnis des Faktenchecks und des Checks des Faktenchecks:

**Trump:** Irreführend, stimmt nicht, vereinfachend, kein Beweis, stimmt nicht, stimmt nicht, hypothetisch.

**Biden:** Stimmt, stimmt nicht, stimmt nicht.

**Schlussfolgerung:** Bei Trump haben nach Wertung von CNN 3 von 7 Aussagen nicht gestimmt. Bei Biden waren es 2 von 3. Die Aussage, dass Biden größtenteils richtig gelegen habe ist durch nichts zu belegen und einfach falsch.

Nach meiner Beurteilung stimmen 5 von 7 Aussagen Trumps und lediglich eine war unbewiesen und eine übertrieben. Biden hat aber keine einzige richtige Aussage getätigt. Eine war zumindest irreführend und die andern zwei waren eindeutig falsch.

Nicht nur dass die Beurteilung durch CNN als parteiisch gewertet werden muss, was insbesondere bei den ersten beiden Fragen klar zu Tage tritt, ist auch die Auswertung nicht nachvollziehbar und kann lediglich durch Parteinahme für die demokratische Seite erklärt werden.

Darüber hinaus liegt Parteilichkeit auch schon bei der Auswahl der Statements vor. So ist es bezeichnend, dass kein einziges Statement aus dem ersten Fragen-Block genommen wurde. In der Folge möchte ich daher den Faktencheck um weitere Aussagen erweitern um ein vollständigeres Bild zu vermitteln:

**Bidens Behauptung: Die Amtszeit des Präsidenten endet mit der Wahl des nächsten Präsidenten.**

**Bewertung:** Das stimmt nicht

**Fakten:** Die Wahl des Präsidenten erfolgt immer an einem 4. November. Die Amtseinführung des Nachfolgers erfolgt am 20. Jänner des darauffolgenden Jahres. Bis zu diesem Zeitpunkt kommt dem scheidenden Präsidenten die volle Amtsgewalt zu.

**Schlussfolgerung:** Das war eine zentrale Aussage im ersten Fragenblock zum Streit, ob der Präsident das Recht hat, zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem die Wahl seines Nachfolgers bereits im Gang ist, einen Richter/eine Richterin für den Supreme Court zu nominieren. Die Aussage hätte daher jedenfalls in die Auswahl übernommen werden müssen.

**Bidens Behauptung: Die Demokraten planen keine staatliche Gesundheitsvorsorge für alle Amerikaner und es gibt kein Manifest diesbezügl.**

**Bewertung:** Das stimmt nicht

**Fakten:** Es gibt ein Dokument dessen genaue Bezeichnung lautet: „Biden-Sanders Unity Task Force Recommendations Combating The Climate Crisis And Pursuing Environmental Justice“. Dieses Dokument wird im Allgemeinen kurz als „Manifesto“ oder „Green New Deal“ bezeichnet und ist 110 Seiten stark. Es behandelt nicht nur Umweltfragen, wie der Titel vielleicht vermuten ließe, sondern auch Fragen des Gesundheitswesens, der Inneren Sicherheit und anderes mehr und wurde von Joe Biden am 19. Juli 2020 unterzeichnet. Darin heist es auf Seite 31 „we will give all Americans the choice to select a high-quality, affordable public option through the Affordable Care Act marketplace. The public option will provide at least one plan choice without deductibles, will be administered by the traditional Medicare program, not private companies, and will cover all primary care without any copayments and control costs for other treatments by negotiating prices with doctors and hospitals, just like Medicare does on behalf of older people.“ Das bedeutet nichts anderes als, dass allen Amerikanern eine öffentliche Gesundheitsversorgung offenstehen soll. Später wird dann ausgeführt, dass dieselbe Versorgung allen Personen, auch jenen die sich illegal im Land aufhalten, zu Teil werden soll.

**Schlussfolgerung:** Der Streit um Obama-Care d.h. den Affordable Care Act, und damit verbunden die Organisation der Gesundheitsversorgung ist ein zentrales Wahlkampfthema daher hätte diese Aussage meiner Meinung nach in die Auswahl übernommen werden müssen.

**Bidens Behauptung: Der Präsident hat die boomende Wirtschaft der Obama Ära zerstört „He blew it“**

**Bewertung:** Das stimmt nicht

**Fakten:** Bis zum Shut down durch COVID hatte die US-Amerikanische Wirtschaft die beste Beschäftigungslage seit 20 Jahren und ein stabiles Wirtschaftswachstum. Am Output gemessen war die amerikanische Wirtschaft nie besser.

**Schlussfolgerung:** Die Wirtschaftslage ist für viele Wähler das entscheidende Kriterium noch vor der Gesundheit und der Sicherheit. Die zentrale Aussage zur Wirtschaftslage hätte daher jedenfalls in die Auswahl gemusst.

**Trumps Behauptung: Biden unterstützt den Green New Deal und der kostet 100 Trillionen.**

**Bewertung:** Das ist richtig und falsch stimmt aber so nicht

**Fakten:** Der Biden Plan oder genau “The Biden Plan for a Clean Energy Revolution and Environmental Justice“ entspricht im Wesentlichen dem Green New Deal, inhaltlich und umfänglich. Sowohl der Green New Deal als auch der Biden Plan sehen Investitionen in Höhe von 1,7 Trillionen vor. Was gewaltig ist, aber weit entfernt von den 100 Trillionen die Trump nennt.

**Schlussfolgerung:** Um alle Themenblöcke abzudecken hätte auch eine Aussage zur Klimapolitik in die Auswahl aufgenommen werden müssen. Der Streit um den Green New Deal und seine wirtschaftlichen Auswirkungen war dabei zentra.

### Ergebnis des erweiterten Faktenchecks:

**Trump:** Stimmt nicht

**Biden:** Stimmt nicht, stimmt nicht, stimmt nicht.

**Schlussfolgerung:** Insgesamt stimmen 5 von 8 Aussagen Trumps, eine ist unbewiesen und eine übertrieben und nur eine ist falsch. Bei Biden stimmen 5 von 6 Aussagen **nicht** und die verbleibende Aussage ist irreführend.

**Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die Debatte für keinen der beiden Kontrahenten ein Ruhmesblatt war, dass aber Trump im Wesentlichen weiß wovon er spricht, was bei Biden offensichtlich nicht der Fall ist.**